
Vorsitz: Schweden

1338. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES

1. Datum: Donnerstag, 7. Oktober 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.50 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin U. Funered

Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Vorsitz den neuen Ständigen Vertreter Spaniens bei der OSZE, S. E. Botschafter C. Valdés, willkommen.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: UNTERRICHTUNG ÜBER DEN AKTUELLEN STAND DURCH DEN SONDERBEAUFTRAGTEN DER AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE IN DER UKRAINE UND IN DER TRILATERALEN KONTAKTGRUPPE, BOTSCHAFTER MIKKO KINNUNEN

Erörterung unter Punkt 2 der Tagesordnung

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITENDEN BEOBACHTERS DER SONDERBEOBACHTERMISSION DER OSZE IN DER UKRAINE

Vorsitz, Sonderbeauftragter der Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe, Leitender Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (PC.FR/34/21 OSCE+), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/1570/21), Russische Föderation (Anhang), Kanada, Türkei (PC.DEL/1566/21 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Schweiz

(PC.DEL/1563/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1555/21), Georgien (PC.DEL/1565/21 OSCE+), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/1562/21 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/1558/21), Ukraine (PC.DEL/1564/21)

Punkt 3 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts der Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+):* Generalsekretärin
- (b) *Bekanntgabe der Verteilung des OSZE-Gesamthaushaltsvoranschlags 2022 (PC.ACMF/69/21 Restr.):* Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+)
- (c) *Teilnahme der Generalsekretärin an einer internationalen simulationsbasierten Schulungsveranstaltung über die Bekämpfung des Menschenhandels, die vom 27. September bis 1. Oktober 2021 in Vicenza (Italien) stattfindet, am 30. September und 1. Oktober 2021:* Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+)
- (d) *Teilnahme der Generalsekretärin am Warschauer Sicherheitsforum 2021 am 5. und 6. Oktober 2021:* Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+)
- (e) *Treffen der Generalsekretärin mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Türkei S. E. M. Çavuşoğlu am 5. Oktober 2021, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Finnlands S. E. P. Haavisto am 5. Oktober 2021, dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine S. E. D. Kuleba am 5. Oktober 2021, dem stellvertretenden Außenminister für auswärtige Angelegenheiten Litauens S. E. M. Adomėnas am 5. Oktober 2021 und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Polens S. E. Z. Rau am 6. Oktober 2021:* Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+)
- (f) *Treffen der Generalsekretärin mit dem Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte am 6. Oktober 2021 in Warschau:* Generalsekretärin (SEC.GAL/135/21 OSCE+)
- (g) *Danksagungen für die Unterstützung der OSZE-Akademie in Bischkek:* Generalsekretärin
- (h) *Aktueller Stand der COVID-19-Impfkamagne für OSZE-Personal:* Generalsekretärin, Vorsitz

Punkt 4 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Hinrichtung von E. Johnson im US-Bundesstaat Missouri: Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Moldawien, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1571/21), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1557/21)

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER
AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Besuch der Amtierenden Vorsitzenden in Bosnien und Herzegowina am 4. Oktober 2021: Vorsitz*
- (b) *Besuch der Amtierenden Vorsitzenden in Albanien am 5. Oktober 2021: Vorsitz*
- (c) *Besuch der Amtierenden Vorsitzenden in Moldau am 6. Oktober 2021: Vorsitz*
- (d) *Ansprache der Amtierenden Vorsitzenden zum 30. Jahrestag des Moskauer Dokuments am 3. Oktober 2021 in Stockholm: Vorsitz*
- (e) *Unterrichtung über das monatliche Schwerpunktthema des schwedischen OSZE-Vorsitzes für Oktober 2021, die Demokratie: Vorsitz*
- (f) *Neuester Stand der COVID-19-Situation im Hinblick auf die Durchführung von OSZE-Treffen in Wien (CIO.INF/87/21): Vorsitz, Kanada*

Punkt 6 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Tag der Zusammenarbeit zwischen den turksprachigen Staaten am 3. Oktober 2021: Türkei (PC.DEL/1560/21 OSCE+), Kirgisistan, Aserbaidshon (PC.DEL/1561/21 OSCE+), Kasachstan (PC.DEL/1559/21 OSCE+), Turkmenistan*
- (b) *Kommunalwahlen in Georgien am 2. Oktober 2021: Georgien*

4. Nächste Sitzung:

Montag, 11. Oktober 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1338. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1338, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

wir heißen die verehrten Botschafter Mikko Kinnunen und Yaşar Halit Çevik willkommen.

Der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine dauert nun schon seit mehr als siebeneinhalb Jahren an. Die von den „Maidan-Behörden“ im April 2014 eingeleitete Militäroperation zur Unterdrückung des Protestes im Donbass dauert bis heute an. Das wird zunehmend zu einem Langzeitkonflikt. Trotz des mit Hilfe der OSZE entwickelten Instrumentariums ist eine Lösung nicht in Sicht. In Ihren heutigen Erklärungen sprachen Sie beide, verehrte Botschafter Kinnunen und Çevik, von mangelnden Fortschritten im Beilegungsprozess, ja von einer Pattsituation in allen Bereichen. Wir würden Ihnen vorschlagen, sich auf ehrliche Weise mit den Gründen dafür auseinanderzusetzen.

Nachdem der ukrainischen Führung von der Miliz im Donbass 2014 und 2015 eine Reihe militärischer Niederlagen beigebracht worden war, sah sie sich gezwungen, politische und diplomatische Wege zur Lösung des Konflikts zu suchen. Ein Kompromiss wurde in Form der Minsker Vereinbarungen geschlossen, die von den Vertretern der Konfliktparteien – der ukrainischen Regierung und der Behörden in Donezk und Luhansk – unterzeichnet wurden. Unter Vermittlung der Länder des „Normandie-Formats“, also Frankreichs, Deutschlands und Russlands, wurde dann das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015 ausgearbeitet. Darin wurden Aufgaben auf militärischer, politischer, sozioökonomischer und humanitärer Ebene festgelegt, deren Abarbeitung im Zuge eines direkten Dialogs zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Regierung und des Donbass einem dauerhaften Frieden in der Ostukraine den Weg ebnen sollte. Diesem Dokument kommt eine besondere rechtliche Stellung zu, da es durch die Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gebilligt, in den Text der Resolution aufgenommen und somit zwingend umzusetzender Teil des Völkerrechts wurde. Es bildet nach wie vor den wichtigsten Referenzrahmen für Ihre Arbeit, insbesondere deshalb, weil sich die Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) und ihrer Arbeitsgruppen auf Absatz 13 des Maßnahmenpakets stützt.

Dieses für den Beilegungsprozess zentrale Dokument und mehr als zwanzig Folgebeschlüsse, die im Rahmen der TKG erarbeitet wurden, werden derzeit nicht umgesetzt. Herr Kinnunen, Sie sind bereits der vierte Sonderbeauftragte des beziehungsweise der Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine und in der TKG. Herr Çevik, Sie sind der zweite leitende Beobachter der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Ob im Beilegungsprozess Fortschritte erzielt werden, hängt in nicht geringem Maße von Ihrer Einstellung zur wortgetreuen Umsetzung der Resolution 2202 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Minsker Vereinbarungen ab.

Das Maßnahmenpaket verweist direkt auf die Notwendigkeit eines unmittelbaren Dialogs über alle Aspekte der Beilegung zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Zentralbehörden und denen bestimmter Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk. Ihnen obliegt es, die in diesem Dokument festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die ukrainische Regierung sträubt sich jedoch hartnäckig gegen die Umsetzung dieser zentralen Bestimmung. Es wird immer wieder versucht, eine erneute fruchtlose Diskussion darüber zu erzwingen, wer die Konfliktparteien seien. So wird etwa vorgeschlagen die Vertreterinnen und Vertreter bestimmter Gebiete des Donbass von den Erörterungen über die Zukunft dieser Region als Teil der Ukraine auszuschließen und sie durch Vertreterinnen und Vertreter Russlands zu ersetzen, die lediglich an der TKG teilnehmen, um den Parteien bei der Suche nach für beide Seiten akzeptablen Lösungen zu helfen. Wir möchten betonen, dass die Frage, wer die Konfliktparteien sind, längst geklärt ist. Sie alle – die ukrainische Regierung und die Behörden in Donezk und Luhansk – sollten an der Umsetzung des Maßnahmenpakets arbeiten.

Unter diesen Umständen fällt Ihnen beiden als Koordinatoren der Erörterungen innerhalb der TKG und der Arbeitsgruppe Sicherheit sowie Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsgruppen für politische, wirtschaftliche und humanitäre Fragen eine wichtige Rolle zu. Es ist wichtig, nicht nur mit den Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Behörden einen regelmäßigen Kontakt zu pflegen. Eine angemessene Kommunikation mit den Vertreterinnen und Vertretern des Donbass als vollwertigen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern in der TKG ist von entscheidender Bedeutung, ebenso wie die rechtzeitige und ungehinderte Verbreitung der von Ihnen verteilten Dokumente. Leider geschieht dies nicht immer – trotz der eindringlichen Ersuchen dieser Personen.

Besuche in der Region erleichtern die Entwicklung einer solchen Kommunikation. Wir stellen fest, dass Herr Çevik im September, also nach dem Berichtszeitraum, bestimmte Gebiete im Donbass besucht und sich mit der tatsächlichen Lage vor Ort vertraut gemacht hat. Warum wurde nicht öffentlich in den Online-Medien der OSZE darüber berichtet? Wir möchten auch bei Herrn Kinnunen nachfragen, wann er seinerseits einen Besuch in Donezk und Luhansk plant.

Es gilt, sich der Tatsache zu stellen, dass die Dynamik des Beilegungsprozesses unbefriedigend ist. Dies liegt an der Obstruktionspolitik der ukrainischen Regierung in der TKG und an ihrer mangelnden Konsequenz sowohl in ihren Beiträgen zu den Erörterungen als auch bei der Umsetzung der vereinbarten Beschlüsse, was beides sehr stark von den jeweiligen politischen Entwicklungen in der Ukraine abhängt. Dies war beispielsweise bei dem von Fachleuten erarbeiteten Entwurf zu einem Beschluss über die Entflechtung von Truppen und Material entlang der gesamten Kontaktlinie der Fall – einer Idee, die von Präsident Selenskyj auf dem Gipfel im „Normandie-Format“ am 9. Dezember 2019 plötzlich

wieder verworfen wurde. Gleiches begab sich, als die Autorität der Vertreter des Donbass (im Protokoll der Sitzung der TKG vom 11. März 2020) zunächst schriftlich bestätigt wurde, gefolgt von der unerklärlichen Weigerung, ebendiese Autorität anzuerkennen. Nicht anders verhielt es sich bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe vom 22. Juli 2020, deren Existenz vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine Walerij Saluschnyj in einem Interview mit Radio Swoboda am 25. September und vom Befehlshaber der „Operation der Vereinigten Kräfte“ Oleksandr Pawljuk bei einem Besuch an der Kontaktlinie am 5. Oktober faktisch in Abrede gestellt wurde. Außerdem sagte der Sprecher der ukrainischen Delegation bei der TKG Oleksij Arestowjtsch im September, dass „die Ukraine jetzt, was die Minsker Vereinbarungen betrifft, aus dem Schneider ist“. All dies hat zu einem Stillstand geführt.

Nach Angaben der SMM nimmt die Intensität des Beschusses im Donbass derzeit zu, und die Zahl der bestätigten Opfer erreicht traurige Rekordwerte. Aus dem Bericht von Herrn Çevik geht hervor, dass 74 Prozent aller Opfer in den Sommermonaten in dem nicht von der Regierung kontrollierten Teil des Donbass zu beklagen waren. Es kam dort auch zu doppelt so vielen Zerstörungen ziviler Objekte. Nach den Berichten der Mission wurden im September 100 Prozent der Opfer in bestimmten Gebieten der Oblast Donezk verzeichnet. Wird man in Kiew wieder behaupten, die Menschen in diesen Gebieten beschossen sich selbst? Insgesamt wurden im August und September mehr Menschen von der eskalierenden Situation entlang der Kontaktlinie in Mitleidenschaft gezogen als in dem vorangegangenen einjährigen Zeitraum seit dem Inkrafttreten der Maßnahmen zur Verstärkung der Waffenruhe am 27. Juli 2020. An einem einzigen Tag, dem 17. September, wurden in der Stadt Donezk beim Beschuss der Vororte vier Personen verletzt, die dort wohnen.

Aus dem Bericht von Botschafter Çevik geht hervor, dass sich die ukrainischen Streitkräfte bei der Stationierung schwerer Waffen in Wohngebieten in der Nähe der Kontaktlinie ganz besonders hervortun. In dem Bericht wird vermerkt, dass sich die Zahl der durch solche Waffen verursachten Verletzungen der Waffenruhe insgesamt verdoppelt hat. Dies wirft die Frage auf, zu welchem Teil dieser Beschuss mit den Dutzenden großkalibrigen Waffen der ukrainischen Streitkräfte erfolgte, deren Transport die SMM im Frühjahr und Sommer an Eisenbahnkonten nahe der Kontaktlinie beobachtet hat und bis heute beobachtet. Notieren die Patrouillen die Seriennummern dieser Waffen und vergleichen sie mit denen der in der Nähe der Kontaktlinie gesichteten?

Besorgniserregend sind auch die Daten der SMM über die im Laufe des Sommers festgestellten Pionierarbeiten der ukrainischen Streitkräfte: Es wurden neue Granatwerferstellungen eingerichtet und die Schützengräben der ukrainischen Streitkräfte erheblich erweitert – um insgesamt mehr als einen halben Kilometer –, und zwar in der Oblast Donezk in Richtung der vorgeschobenen Stellungen der Miliz. Vor diesem Hintergrund spekulierte der ukrainische Militärgeheimdienst schließlich am 5. Oktober auch öffentlich über eine mögliche Eskalation im Donbass. Was soll das heißen? Kündigt die ukrainische Regierung hier Kampfhandlungen an?

Botschafter Kinnunen, Botschafter Çevik,

da Ihre Arbeit Teil der Bemühungen der OSZE um Konfliktverhütung und Krisenmanagement ist, halten wir es für unerlässlich, auf diese ungeheuerlichen Tatsachen aufmerksam zu machen, um frühzeitig vor einer möglichen Eskalation zu warnen. Bisher gab es keine

öffentliche Reaktion auf die oben erwähnten Äußerungen der militärischen Führung der Ukraine betreffend die Hintertreibung der Minsker Vereinbarungen und der Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe.

Wir verstehen nicht, warum die SMM bei ihrer Berichterstattung über Gefechtsübungen außerhalb der Sicherheitszone extrem selektiv vorgeht. Die Berichte der Mission sollten insbesondere Informationen über Militärübungen enthalten, die auf ukrainischem Hoheitsgebiet unter Beteiligung ausländischer Truppen und ausländischer Ausrüstung durchgeführt werden. In diesem Jahr finden sieben gemeinsame Übungen unter Beteiligung der Ukraine und von NATO-Staaten statt. All dies steht in keiner Weise im Einklang mit Absatz 10 des Maßnahmenpakets, der den Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen und sämtlicher ausländischer militärischer Ausrüstung aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine unter Beobachtung der OSZE vorsieht. Bei den bereits stattgefundenen Übungen wurden nach offiziellen Angaben der ukrainischen Behörden übrigens auch Offensivoperationen und Szenarien zur „Räumung“ von Siedlungen geprobt. Wo will das ukrainische Militär diese Fähigkeiten einsetzen?

Um von ihren militärischen Aktivitäten in der Nähe der Kontaktlinie abzulenken, insistieren die ukrainischen Behörden mit Unterstützung ihrer externen „Strippenzieher“ beharrlich auf der Frage der Kontrolle der Grenze im Donbass durch ihre Regierung, die den Abschluss des Beilegungsprozesses bilden soll. Kurz gesagt, es wird vorgeschlagen, am Ende anzufangen, um letztlich gar nichts zu tun – und all dies begleitet von Spekulationen über irgendeine imaginäre „Aggression von außen“.

Zugleich herrscht auch in den anderen Bereichen des Beilegungsprozesses Stillstand. Die Arbeiten an der Erstellung des „gemeinsamen Aktionsplans“ zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen stecken fest. Die ukrainische Regierung hat nie auf die vor fast einem Jahr von den Vertretern von Donezk und Luhansk vorgelegten schriftlichen Vorschläge für einen Fahrplan geantwortet.

Im politischen Bereich sind keinerlei Fortschritte zu verzeichnen, insbesondere was die Umsetzung der Empfehlungen des Gipfeltreffens im „Normandie-Format“ vom 9. Dezember 2019 an die TKG bezüglich der Erzielung einer Einigung über alle rechtlichen Aspekte eines Sonderstatus für den Donbass betrifft. Das Gesetz über den Sonderstatus des Donbass, das 2014 verabschiedet wurde, aber nie in Kraft getreten ist, wird in weniger als drei Monaten erneut auslaufen. Auch bei der Übernahme der „Steinmeier-Formel“ (über das Verfahren zur Umsetzung eines solchen Gesetzes) in die ukrainische Gesetzgebung gab es keinerlei Fortschritte. Stattdessen kündigte die ukrainische Regierung an, dass sie ohne Rücksprache mit den Behörden im Donbass ein Gesetz über die sogenannte „Übergangszeit“ verabschieden werde, das keinerlei Bezugnahme auf die Bestimmungen des Maßnahmenpakets enthält. Herr Kinnunen, was wird konkret unternommen, um einen Ausweg aus der Sackgasse bei der Lösung der politischen Fragen zu finden? Wir möchten auch gerne wissen, ob der vom ukrainischen Ministerkabinet vorgelegte Gesetzesentwurf zur „Übergangszeit“ Ihrer Einschätzung nach mit den Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen in Einklang steht.

Die Lösung sozioökonomischer und humanitärer Fragen im Interesse der Bevölkerung des Donbass erfordert dringend unsere Aufmerksamkeit. Die sozioökonomische Blockade der Region, die von der ukrainischen Regierung unter Verstoß gegen Absatz 8 des

Maßnahmenpakets verhängt wurde, ist nach wie vor in Kraft. Herr Kinnunen, wie hoch ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass die ukrainische Regierung diese Blockade aufhebt, und was wird in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und von Ihnen persönlich in dieser Richtung unternommen?

Aus dem von Herrn Çevik vorgelegten Bericht geht hervor, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Ukraine auch mit anderen Problemen konfrontiert sind: Es gibt Hinweise auf Diskriminierung aufgrund der Sprache, auf Druckausübung und Gewalt gegen die Gläubigen der ukrainisch-orthodoxen Kirche, auf Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und auf die Einmischung der ukrainischen Behörden in die Arbeit der Medien.

In den Berichten der SMM kommen noch immer regelmäßig Aktionen ukrainisch-nationalistischer Gruppen einschließlich paramilitärischer Gruppierungen zur Sprache. Wir stellen fest, dass diese nun schon lange Teil der politischen Landschaft der Ukraine sind und nach wie vor Einfluss auf die Entscheidungen der Behörden nehmen. Wir fordern die Mission auf, die im Geiste des aggressiven Nationalismus, des Neonazismus und der Fremdenfeindlichkeit begangenen Ausschreitungen sorgfältig zu dokumentieren. Wir möchten Sie daran erinnern, dass die Veröffentlichung eines diesbezüglichen themenbezogenen Berichts schon lange überfällig ist – an entsprechendem Ausgangsmaterial bestände beileibe kein Mangel.

Wir fordern Sie, verehrte Botschafter Kinnunen und Çevik, eindringlich auf, nicht nur all diese Aspekte zu beobachten und ihre Beobachtungen zu katalogisieren, sondern auch im Einklang mit den Ihnen übertragenen Befugnissen auf Verstöße zu reagieren.

Dem Konflikt in der Ostukraine kann und muss ein Ende gesetzt werden, indem alle Bestimmungen des Maßnahmenpakets – des einzigen Rahmens zur Erreichung eines dauerhaften Friedens im Donbass – nach Treu und Glauben umgesetzt werden. Der ukrainischen Regierung muss deutlich signalisiert werden, dass es einer Rückkehr zur Logik dieses Dokuments bedarf. Versuche wie die der ausländischen „Strippenzieher“ der Ukraine, die ukrainischen Behörden bei der Hintertreibung der Minsker Vereinbarungen zu decken, sind schädlich und gefährlich für den gesamten Beilegungsprozess.

Gestatten Sie mir abschließend, Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen beste Gesundheit und den dringend benötigten Erfolg bei Ihrer Arbeit zu wünschen.

Frau Vorsitzende, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.